

## **Stellungnahme**

### **Stellungnahme der feuerwehrGEMEINSCHAFT zur Antwort der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport auf die Anfrage durch den Abgeordneten Robert Schaddach (SPD) vom 10.03.2022**

Mit regem Interesse haben wir die Anfrage des Abgeordneten Robert Schaddach (SPD) zur Kenntnis genommen. Die zahlenmäßige Entwicklung der Rettungsdiensteinsätze im Hinblick auf Herzbeschwerden und Schlaganfälle bietet einen möglichen Ansatz, den angestoßenen Prozess der Revision des Umgangs mit dem Coronavirus zu bereichern. Die Abfrage liefert somit einen Baustein an Daten für eine professionelle Aufarbeitung. Der Abgeordnete trägt mit seiner Anfrage zur evidenzbasierten Versachlichung der Coronadebatte und somit zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung bei.

Auffällig ist, dass die Gesamtzahlen der Herzbeschwerden und Schlaganfälle 2018 und 2019 relativ nah beieinander liegen. Im Jahr 2020 lässt sich ein erster Anstieg gegenüber dem Durchschnitt 2018/19 von 12,4% für Herzbeschwerden bzw. 12,9% bei Schlaganfällen beobachten. Im Jahr 2021 ist ein zweiter noch höherer Anstieg zu verzeichnen. Gegenüber dem Durchschnitt von 2018/19 liegt dieser massivere Anstieg dann bei 31,2% für Herzbeschwerden bzw. 27,4% bei Schlaganfällen.

Derartige Steigerungsraten sind erklärbungsbedürftig. Wir können hinsichtlich der Gründe nur spekulieren und Vermutungen anstellen. Zwar mag es für das Jahr 2020 noch ansatzweise plausibel erscheinen, dass eine unheilvolle Melange aus dem Aufkommen eines neuen Virustypus und dem Einführen beispielloser Maßnahmen mit allen Kollateralschäden zu einer tragischen Steigerung der Zahlen führten. Für das Jahr 2021 scheint offenbar ein weiterer unbekannter Faktor hinzugekommen zu sein, der den vormaligen Anstieg noch einmal wesentlich verstärkt. Bei einem Vergleich der Altersgruppen ist augenfällig, dass die höchsten Steigerungsraten gerade in den Altersgruppen erfolgen, die gemeinhin nicht als vulnerable Gruppen im Hinblick auf die Covid-19-Erkrankung verstanden werden.

Die von der Berliner Feuerwehr angeführten Begründungen hinsichtlich des Bevölkerungswachstums und des demographischen Wandels sind aus unserer Sicht wenig überzeugend und nicht durch Fakten der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung gedeckt. Die vorgetragene These hinsichtlich der möglicherweise genaueren Datenerfassung steht im Widerspruch zu den tatsächlichen Wahrnehmungen der Kollegen im Rettungsdienst. Diese Wahrnehmung war vorher nur subjektiv, lässt sich jetzt aber objektivieren und eventuell sogar quantifizieren.

Nach unserem Dafürhalten steht somit ein Elefant im Raum, der offenbar immer merklicher ins Blickfeld rückt. Im Hinblick auf die Auffälligkeiten der Steigerungen ist zu prüfen, ob hier gegebenenfalls ein kausaler Zusammenhang mit den immer stärker in den medialen Fokus geratenen Impfnebenwirkungen durch die Coronavakzine vorliegt. Wir fordern somit die Behördenleitung der Berliner Feuerwehr nachdrücklich dazu auf, im Hinblick auf die vorliegenden Einsatzzahlen eine wissenschaftliche und ergebnisoffene Untersuchung eines möglichen Zusammenhangs in Zusammenarbeit mit den Experten des RKI sowie dem PEI einzuleiten und den gesamten Erkenntnisprozess sowohl intern als auch extern transparent zu kommunizieren. Die angesprochenen Institutionen könnten ferner überprüfen, ob die in Berlin gemachten Beobachtungen sich deutschlandweit übertragen lassen. Eine stichprobenhafte Abfrage im

Nachgang zur Anfrage bei Berufskollegen außerhalb Berlins bestätigt den gleichen subjektiven Eindruck von gestiegenen Einsatzzahlen in diesem Phänomenbereich.

Gerade im Hinblick auf die von der Behördenleitung unterschiedslos für alle Angehörigen der Berliner Feuerwehr in Ansatz gebrachte Impfpflicht gemäß IfSG stellt die Anfrage einen hervorragenden Anlass dar, um einen derartigen Zusammenhang - bei Vorliegen wissenschaftlich fundierter Belege - ganz auszuschließen und somit Vorbehalte abzubauen. Sollte eine derartige Untersuchung trotz der offenen Fragen angesichts der zu Tage geförderten Daten nicht eingeleitet werden, müssten hierfür gerade unter Berücksichtigung der Sicherheit der Bürger und der Angehörigen der Berliner Feuerwehr gleichermaßen stichhaltige Gründe existieren. Diese Gründe sind dann ebenso transparent und öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Vor dem möglichen Hintergrund der nunmehr in Rede stehenden schweren Impfkomplikationen bekommt die Forderung nach dem sofortigen Stopp der bereichsbezogenen Impfpflicht gemäß §20a IfSG ein weiteres Gewicht. Bis zum Abschluss der Untersuchungen und dem Vorliegen entsprechender wissenschaftlich fundierter Belege, die einen kausalen Zusammenhang klar ausschließen, wird von uns, der feuerwehrGEMEINSCHAFT, für alle davon betroffenen Angehörigen der jeweiligen Berufe - auch und gerade über die Feuerwehr hinaus - mit Nachdruck eine Aussetzung der Umsetzung der bereichsbezogenen Impfpflicht gefordert.